

Bezugspreis: Vierteljährlich 10,50 M., monatlich 3,50 M. frei ins Haus, nocum zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 M. zzgl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 4,75 M., für das übrige Ausland 10,75 M., bei täglich einmaliger Zustellung 8,75 M. Postbestellungen nehmen an: Österreich, Holland, Ungarn, Schweden u. die Schweiz. Eingetragene in die Post-Bezugspreisliste. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 1,50 M. 'Kleine Anzeigen', das feiggedruckte Wort 75 Pfg. (zählige 2 feiggedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellenanzeigen und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leuzungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1,00 M. bis 2000. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 48, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gehalt von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 1. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-51.

Einstellung des Personenzugverkehrs.

Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Auf Grund der wirtschaftlichen Demobilisierung betreffender Beschlüsse wird nach Maßgabe des Erlasses die Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 438) mit Rücksicht auf die Transport- und die Verbesserung der Kartoffel- und Kohlenverfuhrung in Uebereinstimmung mit den Eisenbahnverwaltungen der Länder angeordnet, was folgt:

1. In der Zeit vom 5. bis zum 15. November 1919 einschließlich ist auf sämtlichen, dem öffentlichen Verkehr dienenden Volkspersonen Haupt- und Nebenbahnen der gesamte Personenzugverkehr einzustellen.

Ausnahmen sind nur zulässig zugunsten des unbedingt notwendigen Arbeiterverkehrs und des Vorortsverkehrs der Großstädte.

2. Nach dem 15. November 1919 dürfen auf den zu 1. bezeichneten Bahnen bis auf weiteres für den Personenzugverkehr nur die im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Züge gefahren werden.

Das Reichsverkehrsministerium hat die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen.

Berlin, den 1. November 1919.

Die Reichsregierung.

Bauer. Schmidt. Bell.

Die Londoner Anti-Hungerkonferenz.

Ant 'Times' hätten Ed. Bernstein, Kautsky und die Professoren Bonn und Brentano die Pässe vom britischen Konsul in Rotterdam erhalten. Wie wir hören, trifft das wenigstens für Gen. Bernstein nicht zu. Er reist aber gemäß der erhaltenen Weisung Sonntag früh nach Rotterdam.

Es handelt sich um eine Studienkonferenz eines englischen Komitees. Jemandem Hoffnungen auf baldige Wirkung wird man nicht darauf setzen können. Aber als Anfang zur Wiederanbahnung solidarischer Beziehungen zwischen den Völkern trotz Versailles ist auch dieser Versuch zu begrüßen.

Der Wiener Putschplan.

Zu unserer Mitteilung über den von Dr. Friedrich Adler auf dem Wiener Parteitag entworfenen Putschplan erhalten wir folgende drahtliche Ergänzung:

Der von Offizieren ausgearbeitete Teilplan, der der Volkswehr in die Hände gefallen ist, bezieht sich auf den nördlich der Donau gelegenen Arbeiterbezirk Floridsdorf (Wien 21). Das Schriftstück ist vom 25. Oktober datiert. Der Beginn sollte um 1/10 Uhr abends erfolgen, und bis 8 Uhr früh sollte der Putsch durchgeführt sein. Es ist genau festgelegt worden, wer sich auf jede der nach Floridsdorf führenden Straßen zu besorgen habe und welche Waffen, darunter Maschinengewehre und Mienenwerfer auf den einzelnen Straßen aufzustellen sind. Die Volkswehr und die Stadtpolizei, die zur Polizei gehört, sollten entwaffnet und interniert werden. Als Losung wurde das deutschnationale Begrüßungswort 'Welt, als Feldruf 'Sonne' ausgegeben. In der geheimen Korrespondenz wurden die Maschinengewehre mit 'Häcker' und die Mienenwerfer mit 'Paprika' bezeichnet.

Fris Adler sagte: Die Gefahr ist für den Augenblick vorüber, weil der Plan verraten ist. Die Situation wird sich im Laufe des bevorstehenden Winters noch verschärfen. Man wird versuchen, die Arbeitslosen gegen die Republik im Dienst der Reaktion zu benutzen. Wir können daher nicht genug Vorsicht an den Tag legen.

Die Räumung des Abtretungsgebietes.

Am 24. v. M. ist auch die Frage der militärischen Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete durch die deutschen Truppen vertraglich geregelt worden. Das Abkommen, dessen Text im folgenden davon abhängig ist, daß der Gesamtvertrag mit Polen zustande kommt, ist in Berlin unterzeichnet worden.

Der polnische Botschafter beginnt hiernach erst am 7. Tage nach Unterzeichnung des Protokolls über die Ratifikation des Friedensvertrages durch die Hauptmächte in Paris. Dieser Tag gilt als erster Räumungstag, von dem ab die nachfolgend angegebenen Termine rechnen.

Vom 1. bis zum 3. Tage wird ein schmaler Streifen südlich der Linie Schöneck-Gulmsen-Bromberg-Rafel-Uch mit der Stadt Thorn von den Polen besetzt; Thorn wird am Mittag des 2. Tages von uns geräumt. Zwischen dem 4. und 7. Tag wird das gesamte Abtretungsgebiet südlich der Weichsel besetzt, und zwar Gulm am 6. Graudenz am 7. Tage. Westlich der Weichsel werden im gleichen Zeitraum Bromberg (am 4. Tage), Rafel, Stroschka und Wirzig und das Land nördlich davon bis zur Linie Gulm nördlich Gumpelburg besetzt. Der 8. Tag ist allgemeiner Ruhetag. Zwischen dem 9. und 12. Tage werden wir das Gebiet bis zur Linie südlich Derchau-Pr. Stargard-Gerstl-südlich Tuchel-südlich Rantzig räumen. Vom 13. bis 16. Tage wird das Land bis nördlich Berent von den Polen besetzt und zwischen dem 16. und 19. Tage das übrige Abtretungsgebiet bis zum Meere. Die einzelnen Tagesgängen werden durch Vereinbarungen zwischen den deutschen und polnischen Kommandostellen festgelegt werden.

Die Regelung einer Reihe ergänzender Punkte ist weiteren Verhandlungen vorbehalten.

Das Zusatzprotokoll.

Zur Verlängerung der Gültigkeit der von uns angeblich nicht erfüllten Verpflichtungen des Waffenstillstandsvertrags soll nach französischen Blättermeldungen Deutschland in einem Protokoll anerkennen,

- 1. daß es eine Kompensation schulde für die vor Escapa Biew versenkten Schiffe,
- 2. daß ein Teil des im Waffenstillstand festgesetzten Eisenbahnmaterials nicht abgeliefert worden sei,
- 3. daß Deutschland nicht die vollständige Zahl der Handelsfahrzeuge ausgeliefert habe, besonders die vorgeschriebenen Tanker,
- 4. daß Deutschland Fahrzeuge an neutrale Mächte verkauft habe, und
- 5. daß es sich geweigert habe, die Listen derjenigen Titel und Werte abzuliefern, die die deutschen Truppen aus dem besetzten Frankreich und Belgien mitgenommen hatten.

Außerdem soll Deutschland anerkennen, daß es seiner Verpflichtung, seine Truppen aus dem Baltikum zurückzuziehen, noch nicht nachgekommen sei.

Amerika soll angeblich die Ausführung des Versailler Diktats dem Völkerbund vorbehalten wollen, Clemenceau dem Marschall Koch.

Nach einer Pariser Neutermeldung sprechen sich die aus Berlin verlangten Gutachten der alliierten Kommissionen gegen eine weitere Widenkung der Ostblockade aus!

Die 'Information' will wissen, daß eine Note der Alliierten an Deutschland bevorstehe, die sich mit der Teilnahme Deutschlands an der Blockade Sowjetrußlands befaßt. Der Rat der Alliierten könne auf den Anschluß Deutschlands an die Blockade der russischen Wäterepublik auf keinen Fall verzichten.

'Könne' ist ein blutiger Hohn, da zwischen uns und Sowjetrußland Ententegebiet ist.

Nach einer New Yorker Zeitungsmeldung aus Buenos Aires müssen die deutschen Schiffe, die sich augenblicklich in dem neutral gebliebenen Argentinien befinden, den Alliierten ausgeliefert werden.

Der Sieg des Entente-Kapitals.

(Berliner Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Gegenwärtig wird die gerichtliche Liquidation der deutschen Unternehmungen in Esch-Lothringen durchgeführt. Sie werden zu billigen Preisen französischen Aktiengesellschaften überlassen.

Die Verluste der Franzosen bei Verdun.

Aus den fortgesetzten Veröffentlichungen der stenographischen Protokolle der vertraulichen Kammerberatungen vom Juli 1916 geht hervor, daß die Verteidigung Verdun den Franzosen mehr Blut kostete als der Angriff den Deutschen. Die Franzosen verloren da, maß vor Verdun 800 000 Mann, die Deutschen nur 700 000 Mann.

Hilfe für Wien.

Bürgermeister Gen. Krumm teilte dem Stadtrats mit, daß sich die neugebildete englische Mission für internationale Spitalhilfe in Wien erheblich bemüht hat, der Stadt Wien 300 000 zu beschaffen, deren Witz an Spitaler abgegeben werden soll. - Wien muß trotz der wertlosen Voluta amerikanische Kohle kaufen und dafür Teile seines Besitzes verpfänden. Eine französische Gesellschaft will diese Kohle beziehen und dafür Barlohn in französischen Wogen nach Wien schicken. Der Amsterdamer 'Telegraaf' meldet aber, daß Amerika die Kohlenausfuhr verboten hat.

Hugo Haase

hatte gestern 40,2 Grad Fieber. Da er auch sehr matt ist, muß man selber die größten Besorgnisse um sein Auskommen hegen. In der Nacht hatte der Patient Schüttelfrost, heute morgen war er fieberfrei. Der Zustand ist, wie wir bei Reaktionslosch erfahren, recht bedenklich.

Billige Schulreformen.

'Wir haben kein Geld!' tönt es jurid, wenn man in den Regierungswald hineinruft: 'Reformiert endlich das Schulwesen, damit nicht auch das neue Geschlecht ins alte Verderben verfinke!' Und der Fordernde soll verstummen! Er verstummt auch, wenn er großen Geistes ist, phantasielos am Herkömmlichen klebt oder keine eindringende Sachkenntnis besitzt. Sonst aber weiß er mancherlei anzuführen, was sich kostenlos oder billig reformieren läßt.

Der Bund entschiedener Schulreformer unter den akademisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen an deutschen Schulen" will demnächst seiner Rolle als revolutionärer Anreger entsprechend, an das Preussische Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung mit einer Vorschlagsliste sofort angreifbarer und billiger Änderungen im Schulbetriebe herantreten. Hier seien einige dieser Forderungen kurz erwähnt, weil die öffentliche Erörterung von Schul- und Erziehungsfragen notwendig ist, soll die Mitwirkung der Väter, der Eltern in Fragen der Jugendbildung wirklich über die einer leblosen Staffage hinausgehen.

Am wichtigsten erscheint uns die Frage der Versuchs-Einheitschulen. Man müßte etwa in einem Stadtviertel einer Großstadt planmäßig das Schulwesen in allen seinen Verzweigungen aufbauen, um dabei die sich erst in der Praxis herausstellenden Schwierigkeiten und ihre Ueberwindung zu studieren. Neue Kosten brauchen dabei nicht zu entstehen, da die neuen Schulkörper stufenweise an die Stelle der alten treten. Natürlich müßte man zu einem solchen Aufbau nur reformwillige Lehrkräfte heranziehen, weil der erste Versuch ganz andere Energien erfordert als spätere Nachahmungen. In Hamburg ist man so vorgegangen, daß man Wohlkollegen der Lehrer gebildet hat, in denen sich für eine bestimmte gemeinsame Erziehungsauffassung begeisterte Menschen zu gemeinsamem, durch keinerlei Gefinnungssträgheit oder gar bewußtes Widerstreben gehemmten Tun an der Jugend zusammenschließen. Wieviele Menschen atmen da erlöst auf und vermögen dann endlich ihre Gestaltkraft auszuüben. Wehlicher Austausch harmonisierender Lehrer wäre in jeder Großstadt sofort möglich, wenn man nur aus dem Aftenbetrieb heraus wollte und nicht vor allerlei Möglichkeiten des persönlichen Versteckens zurückzuckte. Wie will man anders ergründen, was Erziehung überhaupt vermag, wie will man experimentell - und anders ist nichts auffindbar - ohne solche Freiheit die an einen als Lehrer und Erzieher fruchtbarsten Menschen zu stellenden Anforderungen entdeden? Der einzelne ermußt unter den pädagogischen Automaten, bestenfalls verbindet er durch seine Existenz einige Organe der Mechanisierung, aber das Bild 'des, das er werden soll', wird ihm nie entschleiern.

Allein solche Musteranstalten vermögen auf das junge Erziebergeschlecht begeisternd zu wirken, allein die Befreiung der Späre des Handels kann Menschen von innerem Reichtum, von selbstloser Eingabe in diesen schweren 'Beruf', in dem jetzt soviel Unerfahrene schmarotzen, verlocken.

Als Reform, um besten Verrichtung der Dienstleistungen. Jedes Lehrerkollegium vermag sich selber seine Ordnung zu schaffen. Kollegiale Schulverfassung! Die demokratischen Lehrer verlangen die so gut wie die sozialistischen. Mögen sie mit ihren Abgeordneten einmal ein männlich Wörtchen sprechen. Die paar Unzutraglichkeiten, die sich in der Uebergangszeit ergeben würden, wären weit ungefährlicher als die jetzigen 'Diplom'widrigkeiten der reaktionären Schulleiter. Kosten macht das nicht, denn die bisherigen Schulleiter beziehen ihre Gehälter weiter, neue Gehälter der Art treten nicht mehr auf!

Die Lehrerbildung - auch die der Oberlehrer! - läßt sich auf eine neue Basis stellen. Man lege mehrere Seminare zu pädagogischen Akademien zusammen, die in Zusammenhang mit den Universitäten gebracht werden. Man schreibe sofort den Studierenden des 'höheren' Lehrfach die Beteiligung an psychologischen und pädagogischen Übungen vor, damit rechtzeitig eine Auswahl unter den Anwärtern getroffen werden kann. Man gebe den Lehrern die Gelegenheit zu tatsächlicher Selbstverwaltung durch schnelle Schöpfung allgemeiner Lehrerkammern, die aber vor ästhetischen Entartungen durch die planvolle Mitwirkung des Vätertumts bewahrt werden müssen.

Unter solchen Umständen würden tüchtige Lehrer und Erzieher sich entfalten können, wenn sie in einer Musterklasse - eine der Rabettenanstalten? - sich tummeln dürften. Natürlich dürfte solche Versuchsschule nicht mit dem Fluch der Berechtigungsprüfungen beladen werden. Wie denn ja die 'Reifeprüfung' reif für die Abschaffung überhaupt ist: Eine große Dual, eine schlechte Sicherung!

Noch mehr sollte man abschaffen, zuerst die schriftlichen häuslichen Abkangarbeiten, diesen Quell der Schulleistungs- und des Schulbetruges. Man beschränke den Gedächtnisstoff, sondern die Schüler nach Interesse und Tätigkeit und lasse die Nachmittage frei für ein freudiges Leben in freiwilliger Arbeit und körperlicher Stärkung. Man führe

regelmäßige freie Bogenlage ein zur Eingabe an größere zusammenhängende Leistungen und Unternehmungen. In innigem Konnex damit steht die sofortige Ablösung wenigstens eines Teils des obligatorischen Unterrichts in den oberen Klassen durch Wahlkurse, in denen erst die Fähigkeiten sich voll entfalten können.

Die Stundenpläne sind so zu gestalten, daß in einzelnen Fächern Doppelstunden zu vertriehtem Betrieb zur Verfügung stehen. Es muß erlaubt sein, bei den Aufgaben eines Faches gelegentlich unter Hinzuziehung eines anderen längere Zeit zu verweilen. Die stündliche „Abwechslung“ ist ebenso oft eine Nebenhat wie eine „Erfrischung“. Begt man mehrere Fächer in eine Hand, so kann die Freiheit recht weit gehen! Dem bereitwilligen Lehrer müßte es gestattet sein, einzelne Stunden zum Gesamtunterricht im Sinne Berthold Ottos zu benutzen. Zu vermeiden ist allerdings die zwangswise Einführung; Der Unfähige verdirbt mehr als die Unterlassung.

Mit der Reform des Geschichtsunterrichts muß man endlich über die unerbittlichen Floskeln hinausgehen. In allen Provinzen sollte die Reinerziehung durch Körperübungen der ökonomischen Geschichtsauffassung abhalten lassen, damit diese Ideen den Lehrern überhaupt erst einmal bekannt werden. Bis her haben sie bestenfalls Herrbilder davon. — Sie mögen selber wählen. Bis jetzt mühten sie ihre „Geschichtsauffassung“ „erlernen“. Auch die Akademiker!

In jeder höheren Schule sollte sofort eine Fremdsprache eingebracht oder zumindest in die Rolle eines Wahlfaches gelassen werden. Sonst kommen wir nie zur Befreiung von der philologischen Sklaverei: Die „Fachmänner“ beschließen weit eher noch eine Sprache mehr! Es ist hinderlich, mitzuerleben, wie sich die „Schulreform“ in den Köpfen gelehrter Hochbananen spiegelt!

Das ist ein buntes, etwas ungeordneter Strouß aktueller Schulreformen, die zumeist durch innere, kostengünstige Umstellungen geleistet werden können. Wer im Gefilde der pädagogischen Gewässer steht, glaubt von Tag zu Tage weniger, daß sich so gleich mit den vorhandenen Menschen, diesen Gefäßen eines alten, durch die Revolution vielfach nur verwirrt, noch nicht zur Klarheit gelangten Geistes, etwas Ganzes und Großes erreichen läßt. Lieberall animalische Instinkte, Raubtiere oder Schafe, selten klare, reine, sich über Leidenschaft, Wut zu idealer Leidenschaftlichkeit emporschwingende epochenmäßige Denkweise. Um so notwendiger, daß endlich die Vorbereitung der Menschen auf die neue Zeit beginnt, daß man nicht mehr durch bürokratischen Verwaltungsbetrieb die Lehrer zu „Geleiteten“, zu unsicher Schwappenden oder gar zu „Tafelbergern“ — schlimmster Widerstand zur Klarheit, zur Beispielhaftigkeit des wahren Erziehers — absteuert, sie dazu herbeigewürgelt, ihre Hand zum Spiel mit der religiösen Ueberzeugung der Eltern und Kinder zu bieten.

Die Quantität macht es jetzt nicht mehr, sondern allein die Abweitung des Scheins, der Täuschung, der Lüge. Aus unserem Niederbruch führen allein Wahrhaftigkeit und Mannesmut. Höflichkeit ist allenthalben wieder auf, so werden wir stark genug für jedes Wagnis, so erzwingen wir den Durchbruch durch alle Vorurteile und Klaffenstricken zu echter Demokratie und vollendetem Sozialismus.

Wir wollen noch „Utopien“ maerscheren, aber unterwegs in geduldiger täglicher Arbeit die Straße ausbessern, nicht trunken Hallelujah rufend über die Steine und durch die Böcher stolpern, um schließlich im Graben zu endigen. Verachtet nicht die Kleinarbeit, sie führt zu großen Zielen. Aber freilich: Taten wollen wir endlich sehen, unverdornete und unumgewandelte Früchte sie klein sein! Nur verdröht wollen wir nicht länger sein! Paul Oestreich.

Abstimmungsbeschluss in Holland. Die Erste Kammer hat einstimmig die Wahlrechts-Gesetzesvorlage (Abstimmungsbeschluss 45 Stunden) angenommen.

Japan hat ratifiziert.

Tod und Scheintod.

Es ist bei dem heutigen Stande der Wissenschaft möglich, daß ein Scheintod ins Bewußtsein tritt? Diese Frage bewegt angefaßt das jetzt in Berlin-Grünwald vorgelagerten Hales wieder einmal englische Gemüter, die aus Furcht, womöglich einmal lebendig begraben werden zu können, niemals ihres Lebens froh werden. Sind doch aus dieser Furcht heraus schon die seltsamsten letzten Verfügungen getroffen worden; testamentarische Bestimmungen, die dahin gingen, daß über dem Grabe ein Hüter oder irgendeine andere Alarmsvorrichtung angebracht werde, damit der Bewachte im Falle des Scheintodes ein Lebenszeichen zu geben imstande sei.

Im allgemeinen kann man annehmen, daß die immer wieder vorkommenden Fälle von Einjüngern Scheintoten in neuannäherung von hundert Fällen auf ungetrübten Gerüchten beruhen. Hier hat sich freilich in der Tat einer der überaus seltenen Fälle ereignet, in denen keine Spur von Leben mehr festgestellt werden konnte, während in Wirklichkeit bei der im Grunewald anstehenden tot aufgefundenen Krankenwärterin nur ein Zustand völliger Erstarrung vorlag, hervorgerufen einerseits durch die Oxydation des in großer Dosis genommenen Morphiums, andererseits durch die Kälte, in der die Selbstmörderin vermußtlich viele Stunden geliegen hatte. Bei Erstarrungen, Erhängen und auch bei scheinbar totergeborenen Kindern kommt es in der Tat, wenn auch sehr selten, vor, daß sie trotzdem in einem Zustande völliger Erstarrung liegen; aber auch solche Scheintote sind vor dem Lebendigbegrabenwerden durch die gezielte Bekämpfung geschützt, die vorkommt, daß keine Leiche früher als 48 Stunden nach dem Zeitpunkt des ärztlich oder durch einen boamen Leichenschafter festgestellten Todes beerdigt werden darf, eine Vorsichtsmaßnahme, die nur in besonderen, völlig zweifelsfreien Fällen abgeändert werden darf. So wäre auch die ursprüngliche als tot angegebene Grunewald-Selbstmörderin niemals in die Grube gekommen, lebendig begraben zu werden, denn sei sie war die amtliche Leichenschau noch gar nicht erfolgt; überdies würde, wie stets in solchen Fällen von Selbstmord, zur einwandfreien Feststellung der Todesursache durch den boamten Arzt die Leichenschau angeordnet werden sein. Der Professor würde aber unter allen Umständen vorher erklärt haben, daß er in Wirklichkeit nicht eine Leiche, sondern eine Scheintote vor sich habe.

Der Scheintod, ein Zustand, den der Mediziner als *Asphyxia hystericæ* entlehnt, besteht darin, daß die Organe und Nervenfasern, deren völliges Ausbleiben eben den tatsächlichen Tod ausmacht, völlig unterbunden erkranken. Dann bleiben alle Bewegungen und Empfindungen aus, das Bewußtsein mangelt völlig und der Brustkorb hebt völlig nicht. Weder wird über dem Oberbauch wie sonst der Puls gefühlt, noch kann der Arzt mit dem Hämmerchen den Herzschlag feststellen. Und dennoch gibt es einige unwillkürliche physiologische und biochemische Mittel, um einwandfrei festzustellen, ob es sich um Tod oder um Scheintod handelt. So lassen sich die sogenannten Totenleichen, blauschwarze Färbungen, die durch Blutanämien an den Stellen hervorgerufen werden, an denen die Leiche aufliegt, nur bei wirklich Toten ein. Neben der Augenprobe, bei der ein Reflex der Horn-

Mordache Kurt Eisner — Erhard Auer.

Am 14. November beginnt vor dem Münchener Hofgericht die auf mehrere Tage berechnete Verhandlung gegen den Eisner-Wörder Graf Arco. Er gibt zu, Eisner mit Worsach und Ueberlegung getötet zu haben, weil er die Teilnahme Eisners an der Regierung für Bayern unglücklich gehalten habe. Die Beweisführung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Arco nicht ganz aus eigenem Antrieb oder für sich allein gehandelt hätte. Arco wurde nach der Tat niedergeschossen, ist aber vollständig wiederhergestellt.

Anschließend daran soll vor denselben Richtern gegen den Wegner Lindner verhandelt werden, der auf die Ermordung Eisners hin den Minister Auer durch mehrere Schüsse schwer verletzt und noch beschuldigt ist, den Landtagsabgeordneten Casel und den Major Gores getötet zu haben. Auch gegen ihn lautet die Anklage auf Mord. Wahngestalt ist ein weiseres Mitglied des revolutionären Arbeiterrates, der Räder frisch — Bekanntlich hat Deutschland den Lindner nur unter der Bedingung ausgehoben, daß er vor ein ordentliches Gericht komme, welche Eigenschaft des Oberlandesgericht Wien dem Hofgericht angeblich nicht zuzuerkennen hat.

Der Konflikt in München.

Der Konflikt, der zwischen den Organisationen der Münchener Arbeiterschaft und den militärischen Stellen infolge des Erlasses des Truppenkommandos der Reichswehr ausgebrochen ist, hat noch keine Lösung gefunden. Durch das Truppenkommando waren in einer unzulässig schroffen Form und in der Kommandoform verengener Zeiten für die Abhaltung der Revolutionsfeierliche Einschränkungsbestimmungen erlassen. Versammlungen wurden nur in geschlossenen Räumen und ausschließlich für den Vormittag des 9. November genehmigt.

Die sozialdemokratische Partei hatte daraufhin, wie bereits gemeldet, gegen die Militärdiktatur scharfsten Protest erhoben, und die Unabhängigen hatten für den 7. November, der für Bayern als Gedenktag der Revolution zu gelten hat, den Demonstrationstreif angekündigt. Die Vorschriften, die von den Arbeiterorganisationen bei den militärischen Stellen erhoben wurden, haben das Truppenkommando, wie es mitteilt, nicht veranlassen können, von seinen „durch reifliche Ueberlegung“ verfügten Maßnahmen abzugeben. Die Behauptung, daß die Verfügung ohne jede Besprechung und Verständigung mit der zuständigen Regierungsbehörde ausgesprochen sei, sei vollkommen aus der Luft gegriffen.

Dieser Darstellung gegenüber stellt die „Münchener Post“ fest, daß weder der Ministerpräsident noch der in erster Linie zuständige Minister des Innern von der Verfügung in Kenntnis gesetzt wurden, sie also auch nicht gebilligt hätten. Der sozialdemokratische Minister des Innern sei zur Zeit der Erlasses von München abwesend gewesen. Am Freitag beschäftigte sich ein Ministerrat mit der Angelegenheit. Inzwischen hat eine Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei die Vorstandschaft beauftragt, durch Ausnutzung aller Möglichkeiten die Zurücknahme des Erlasses zu erreichen. Die Gewerkschaften beschließen eine Resolution, monach die Unterbindung der freien Meinungsäußerungen durch Maßnahmen, die noch vom Geist der Militärdiktatur diktiert seien, die Arbeiterschaft zwingt, zu ihrer stärksten Waffe zu greifen.

Das neue Reichswehrministerium. Das seit einigen Wochen in der Bildung begriffene Reichswehrministerium hat nach erfolgter Annahme des Heeres- und Marinehaushalts durch die Nationalversammlung endgültig seine Tätigkeit aufgenommen.

An der Spitze der neuen Reichsbehörde steht der Reichswehrminister, dem der Persönliche Stab und die neugegründete Heeresverwaltung unmittelbar unterstellt sind. Dem Reichswehrminister nachgeordnet sind der Chef der Heeresleitung (der bisherige Kriegsminister Oberst Reichardt) und der Chef der Admiralität (Konteradmiral v. Trotha).

haat aus) bestimmte Lichterscheinungen das schlummernde Leben verort, wird auch oft die Siegelreaktion angewandt, um über die Frage: Tod oder Scheintod zu entscheiden. Tragt man brennenden Siegelstift auf die Haut eines Scheintoten, so rötet sie sich in der Umgebung der berührten Stelle lebhaft, während sie bei dem Toten unverändert bleibt. Der Siegelstift verbleibt in der Probe mittels einer Kloppe, die bei Toten einen gelben, durchsichtigen, bei Scheintoten aber einen schwarzblichen, unbeschäftigten Schorf erzeugt. Ferner ist die Totenstarre, die meist innerhalb eines Zeitraums von 12 Stunden nach erfolgtem Tode eintritt und der Verwesung vorangeht, ein charakteristisches Zeichen des tatsächlichen Todes. Nach bestimmter kann man bei Anwendung des elektrischen Stroms zwischen Tod und Scheintod unterscheiden, da im letzten Fall die Muskelatur durch Anstrichen wie beim Lebenden reagiert. Schließlich kann man den Scheintod auch durch Einführung von Fluorescein erkennen, das dann die Scheintoten intensiv aufleuchtet. Immerhin ist die hellere wertvolle Tatsache, daß ärztlicherseits jene Selbstmörderin für tot gehalten worden ist, nicht aus der Welt zu schaffen. Aber es muß betrauert werden, daß es sich hier um nicht um eine endgültige, amtliche Totenschaub, sondern nur um eine vorläufige Feststellung gehandelt hat. Trotz alledem erscheint der Fall nicht geeignet, die verbreitete Angst vor dem Scheintod sachlich zu begründen. Eine andere Frage ist freilich, ob bei einem weniger widerstandsfähigen Organismus das ärztliche Versehen nicht zu einer inablässigen Totung hätte führen können. Denn das fünfzehnjährige Pügan im Grabe, in neuen Kleidern und in einer eisernen Leichenschau, hätte sehr wohl die nur Scheintote wirklich vom Leben zum Tode befördern können.

Zuspielhaus: Der Großstadtkavalier. Sompant von Dionysos. Die einleitenden Szenen mit der blickenden Haltung glattbanaaler Unmühsigkeiten liegen einen der ganz gewöhnlichen, recht wenig unterhaltenden Schwankabende erwarten. Um so angenehmer war dann die Ueberzeugung, als man sah, daß der Verfasser, der Arnold Ried die Rolle des Großstadtkavaliers auf den langen Leib geschrieben, dabei in der Erfindung ulziger, der persönlichen Note dieses Dichters verlässlicher angelegter Effekte trefflicher ausgenutzt wurde. Der aus der Villa des in irgendeinem Provinznest sein Jubiläum feiernden Fabrikanten mehrfach herangezogene Fremdling mit den Wäuren eines wackeren Schmierensoldaten wird bei der dritten Akte für einen Ministerialbeamten gehalten, der im Kulturopp von Egelegen dem Anbiler Kommerzienrat und Oden überbringen soll. Alle Welt mitleidet in Quälereien um den Unbekannten, der sich höher als Vorer, denn als Knecht für nackte Heidenötter durchs Leben schlagen mußte. Der tolle Einfall wird zu allen möglichen Teils im Stile inomadischer Possenmimik ausgenutzt. Der Wobellert gibt Ried willkommenen Vorwand, die wechselnden Akte, die er als hoher Gaudenbringer auslöst, in der Form von „Fosen“ zur Kommenahme auszubringen. Ein Szenenbild, das virtuos genaug durchgeföhrt, die Wirkung nie verfehlt. Nicht weniger dröblig war die sonstige Dreistigkeit, tragt der er die fette Sanjunktur zu einer kurzen Festsche ausnutzt. Der Schiebentag,

Eigenartige Kampfmethode.

Wie das Sekretariat des Braunschweiger Gastwirtsverbandes der Landeszeitung mitteilt, haben die Braunschweiger Hotel-, Gast- und Schankwirtschaften, Caféhäuser und Konditoreibetriebe beschlossen, am 1. November ihren sämtlichen Angestellten zum 1. Dezember zu kündigen und ihre Betriebe als Protest gegen die Ernährungspolitik der Landesregierung zu schließen.

Wenn die Gastwirtsbesitzer gegen die Ernährungspolitik der Landesregierung Protest erheben zu müssen glauben, so erscheint uns keine Methode ungeeigneter und verfehlter als die hier eingeschlagene. Es ist nicht anzunehmen, daß die Brotlosmachung von Angestellten das geeignetste Mittel ist, um die Maßnahmen der Regierung zu beeinflussen; vielmehr bedeutet diese überaus unsoziale Handlungsweise eine schamlose Ausbeutung den Angestellten gegenüber und ist ungefähr der Methode eines Menschen vergleichbar, der, weil er sich bedroht fühlt, seinen Nachbarn vorschleibt, damit dieser totgeschossen wird. Wir erwarten eine Verständigung zwischen Regierung und Gastwirtsbesitzern durch Mittel und Wege, die nicht die Interessen der Angestellten in dieser aller sozialen Bestimmung höhnisprechenden Weise mißachten.

Abbruch des Tilsiter Generalstreiks.

Der Tilsiter Generalstreik wurde Freitag mittag 12 Uhr für abgebrochen erklärt. In einer Versammlung mit dem Magistrat wurden die wirtschaftlichen Fragen für angenommen erklärt. Die politischen Fragen sollen durch eine Kommission an zuständiger Stelle in Königsberg beraten werden.

Dahlsäcker.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung von etwa 30 deutschen Kommunisten in Kopenhagen, die auf falsche Papiere oder schwarz eingereist waren, wurden in Kopenhagen Verhaftungen wegen Paphsäcker vorgenommen. Der Hauptverdächtige soll ein deutscher Südbotograf Rienecke sein, der die Fälschung deutscher und dänischer Stempel betrieben und auch den Namen des Chef der dänischen Staatspolizei nachgemacht hatte, um deutschen Spionisten Zugang zu den skandinavischen Ländern zu verschaffen.

Lloyd George auf der Walze.

Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ berichtet, daß die Regierung beschlossen hat, zur Stärkung ihres Prestiges, das während der letzten Monate stark gelitten hat, im ganzen Lande eine Campaigne zu beginnen, die von Lloyd George und Bonar Law geleitet werden soll. Es sollen vom 16. November bis 16. Dezember im ganzen 200 Massenversammlungen veranstaltet werden, in denen Minister als Redner auftreten werden. Die ganze Koalitionsmaschinerie wird für diesen Plan in Bewegung gesetzt. Den Industriezentren wird besonders Aufmerksamkeit gewidmet werden. In London werden Lloyd George und Bonar Law in Gegenwart sämtlicher Minister Reden halten.

Das Loch im Norden. Wie wir erfahren, beschäftigt das Landespolizeiamt, ähnlich der kürzlich eingerichteten Rheinkontrollen, auch im Norden und Osten des Reiches Kontrollen einzurichten, um auch den umfangreichen Schmutz aus Danemark und Polen zu vereiteln. Die Kontrolle über das „Loch im Norden“ wird bereits in den nächsten Tagen die Arbeit aufnehmen, sobald die notwendigen Ausfahrsbeamten vollkommen ausgebildet worden sind.

Kritikschrei in Paris. In Paris hat der russische Sozialist Kritschewski, der mit Plechanow und des Deutsch zusammen die sozialdemokratische Partei „Verfehlung der Arbeit“ begründet hatte, in Deutschland in Kritik durch seine Arbeit an der Parteipresse bekannt geworden. 1912 wurde er von Jaurès als Auslandskorrespondent an die „Humanité“ berufen.

In dem er Meister, wird von dem Töchterchen als Offenbarung allerneuer und feinsten Mode angesehen, und sein Erscheinen im gepumpten Frack zur Herbstball drückt ihm die Krone laudativer Vollendung auf das Haupt. So gab es einen katten Fetterleis, bei dem der Zuschauer, der allen Forderungen nach Motivierung und Zusammenhang entloht und einfach lachen will, auf keine Rechnung kam. Die beiden Rollen wurden durch die Damen Rehm und Jmpesoden toll gespielt. dt.

Heber Christian Morgenstern sprach Gertrud Jolani im Festinghaus in der Bräuerstraße. Sie ist die Neigige und beste Verehrerin dieses Dichters, der erst sterben mußte, bis er von deutschen Lesern erkannt und geliebt wurde. Heute gehört es zu einem trüblichen Gesellschaftsspiel, seine Wderrse lächelnd herzulagen. Aber er war mehr als ein Wüstling des Wortworts und der verblühten Reimspiele. Gertrud Jolani hat ihn mit Recht zu den sehr Tiefen und Edlen. Sie zeigt, daß dieser Tod eines begabten Malergelehrten leider die Farbe, die Gestalt und formenreiche Weltbilder erblüht hat. Morgenstern war der beglückte Mensch dichterischer Symbole, die nur einem besonders ergötzen und begnadeten Auge aufgehen. Da er an den Augen litt, mußte er früh in den lebenden Säden. Diese Reidensteile sollte vom Sozial zur Guldreise für seine Kunst werden. Er konnte äppige Sonne und warme Wandspinnerei umfluten und sich Höhe erklimmen, die aus einer Eden Natur und aus der Höhe des leidenschaftlichen geliebten Marmors Michelangelo, ihre Kraft bernahmen. Ja, Morgenstern, heute gern zum Scherz beim Wderrse, und Jünglingswahn geiracht, war ein Bildhauer, ein beträchtlicher Gelehrter des Unglücken und schimmernden Bereich. Er verdient ein schönere Etde keiner Unfertigkeit, die ihm Gertrud Jolani verschaffen wollte durch ihren Vortrag und durch das Buch, das bald alles Notwendige zum Lebenswerk und zum Kunstwerk Morgensterns sagen soll. mh.

Die Däkelbarrer Kunstakademie begeht heute den 100jährigen Tag ihrer Wiederbegründung durch Preußen. Eine Ausstellung von Kunstwerken aus dem Besitz der Akademie wird Sonntag eröffnet. Zum ersten Male wird der überriche Bestand der Akademie an alten Gemälden, über 15 000 Handzeichnungen älterer Meister und über 30 000 alten Radierungen und Stichen aufgestellt.

Die Nationaltheater in Wien. Die österreichische Regierung hat beschlossen, die beiden ehemaligen Volkstheater als Nationaltheater fortzuführen.

Dr. Drenth (nicht, wie kritisch gefehlt geschrieben wurde, Drenth), der der ehemalige Berliner Volksarzt, der in den Beten des Wohlfahrtsministeriums zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten berufen worden ist.

Eine amtliche Stelle für Behrflüsse. Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht ist auf Veranlassung des Kultusministers eine Stelle geschaffen worden, die die Aufgabe hat, Anregungen für Behrflüsse zu sammeln und die Zimmergenossen sachverständig zu beraten. Die Stelle besteht aus einem Hauptamt, der besonders die rechtliche Verantwortlichkeit der Akteure bezieht und für ihre Verteilung nach Ausschüsse ernannt. Es wird eine Karthel empfohlenem Behrflüsse angelegt, aber die gepriesen Pläne werden sämtliche Akteure veranlassen.

